

**Vorlage
für die Sitzung
der städtischen Deputation
für Soziales, Jugend und Integration
am 01.06.2017**

Aktuelle Unterbringungssituation Flüchtlinge

A. Problem

Die Deputation für Soziales, Jugend und Integration wurde im Jahr 2016 fortlaufend mündlich über die Unterbringungssituation von geflüchteten Menschen in der Stadtgemeinde Bremen unterrichtet. Aufgrund der gesunkenen Zugangszahlen und dem gleichzeitigen Ausbau von Unterbringungsplätzen sowie dem erfolgreichen Verlauf des Projekts „Mehr Wohnungen für Flüchtlinge in Bremen“ hat sich die Unterbringungssituation entspannt und der Berichtsturnus wurde verändert. Der nachfolgende Bericht gibt einen aktuellen Überblick über bestehende und noch geplante Unterkünfte.

B. Lösung / Sachstandbericht

Insgesamt wurden im Jahr 2017 bisher nach EASY (Erstverteilung der **Asyl**begehrenden) 512 geflüchtete Menschen im Land Bremen aufgenommen (Stand 30. April 2017). Dabei ist die Zugangstendenz im Jahr 2017 bisher leicht rückläufig.

Im Jahr 2016 hat das Land Bremen 3.185 Flüchtlinge und Asylbewerber aufgenommen. Im gesamten Jahr 2015 waren es 10.274. Jeweils 80 Prozent werden in Bremen versorgt, 20 Prozent in Bremerhaven. Bundesweit wurden im Jahr 2016 insgesamt 312.370 Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Flüchtlinge registriert (ohne minderjährige unbegleitete Ausländer). Der Monat mit der höchsten Zugangszahl war der November 2015 mit bundesweit 206.101 registrierten Personen (Bremen im November 2015: 1.937), seitdem sinken die monatlichen Zugangszahlen.

Zuweisungen Land Bremen nach dem EASY-Verwaltungsverfahren

	Jan	Feb	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
2016	858	721	195	182	127	175	179	216	147	84	147	157
2017	143	131	127	111								

Die zehn Hauptherkunftsländer im Gesamtjahr 2016 waren Syrien (27,74 Prozent), Afghanistan (15,13 Prozent), Irak (14,28 Prozent), Iran (4,06 Prozent), Eritrea (3,82 Prozent), Russische Föderation (2,78 Prozent), Nigeria (2,45 Prozent), Somalia (2,31 Prozent), Pakistan (1,79 Prozent) und Albanien (1,58 Prozent).

(1) Kommunale Notunterkünfte

Bremen hat es in den Jahren 2015 und 2016 erfolgreich geschafft, Obdachlosigkeit von Flüchtlingen sowie große Notwohneinrichtungen mit über 1.000 Plätzen vermeiden zu können. Seit den starken Zugängen 2015 befindet sich das Versorgungs- und Unterbringungssystem nun in einer Stabilisierungsphase. Das Ziel der Aufgabe von kommunalen Notunterkünften wie bspw.

Zelten und Turnhallen konnte erfolgreich umgesetzt werden. Seit März 2017 sind alle kommunalen Notunterkünfte geschlossen worden. Damit konnten von 2016 bis März 2017 insgesamt 5.818 Plätze in Notunterkünften abgebaut werden.

(2) Bestehende Übergangwohnheime der Stadtgemeinde Bremen

Aufgrund der Zugangszahlen wurden bei Abbau der Notunterkunftsplätze Übergangwohnheime weiterhin benötigt. Im Mai 2017 betreibt die Stadtgemeinde Bremen insgesamt 33 Übergangwohnheime mit rund 4.700 Plätzen.

Zuletzt wurde in der Deputation im Rahmen einer nicht-öffentlichen Sitzung am 27.10.2016 über die Übergangwohnheime berichtet. Seitdem sind folgende Einrichtungen neu eröffnet worden:

Bezeichnung der Unterkunft:	Stadtteil:	Plätze:
Ellener Hof	Osterholz	256
Ermlandstraße	Blumenthal	250
Corveystraße, einschließlich Dependance	Findorff	121
Andernacher Str. II	Osterholz	150
Kapitän Dallmannstr.	Blumenthal	120
Faulenstraße	Mitte	200
Otto-Lilienthal Str.	Neustadt	150
ÜWH für Frauen	Blumenthal	70
Am Wall	Mitte	200
Obervielander Str. (ASV)	Huchting	118
		1.638

(3) Planungen weiterer Übergangwohnheime der Stadtgemeinde Bremen

Im Jahr 2017 sind rund 1.200 weitere Plätze in Übergangwohnheimen geplant. Folgende Einrichtungen befinden sich derzeit in der Umsetzungsphase:

Art der Unterkunft:	Stadtteil:	Plätze:	Eröffnung:
ÜWH für traumatisierte Frauen	Walle	60	Mai 2017
Marie-Mindermann-Straße	Obervieland	256	Juni 2017
Friedrich-Rauers-Straße	Mitte	256	Sep 2017
Am Rastplatz	Lesum	330	Okt 2017
		902	

Nachrichtlich

Die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes mit ihren Außenstellen hat derzeit 1.485 Plätze. Davon werden in 2017 noch 430 abgebaut werden.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Aus diesem Bericht ergeben sich keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Übergangwohnheime bieten im Allgemeinen Frauen und Männer eine Unterkunft, Betreuung und Unterstützung. Zudem gibt es zukünftig zwei Einrichtungen, die sich speziell an Frauen richten. Insgesamt sind rund 40 % der Personen in den Einrichtungen weiblichen Geschlechts.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Beschlussvorschlag

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur Kenntnis.